

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

UN-Bericht zu Kriegsverbrechen in Sri Lanka

Am 16. September 2015 erwähnte ein UN-Bericht, dass während des Bürgerkriegs in Sri Lanka „sehr wahrscheinlich“ Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Dem in Genf vorgestellten Bericht zufolge sollen sowohl die tamilischen Rebellen *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) als auch die Streitkräfte der Armee dafür verantwortlich sein. Daraufhin forderten die UN ein internationales Sondertribunal zur Aufklärung. In dem neu veröffentlichten Bericht werden schwere Anschuldigungen gegen beide Kriegsparteien erhoben. Der UN-Hochkommissar Said Raad al-Husseini beklagt, dass Regierungstruppen gegen Ende des Krieges den Waffenstillstand ignoriert hätten. Im Bericht ist die Rede von Folter, systematischer sexueller Gewalt sowie von der Bombardierung von Krankenhäusern und Hilfseinrichtungen in dicht besiedelten Sicherheitszonen. Allein in den letzten Monaten des Bürgerkriegs sind nach früheren UN-Schätzungen bis zu 40.000 Zivilisten ums Leben gekommen. Etliche Menschen seien zudem verschwunden, sogar nachdem sie sich der Armee ergeben hatten. Den Rebellen der LTTE wirft die UN hingegen Kinder-Zwangsrekrutierung, die Ermordung tamilischer Politiker und Regierungsvertreter sowie die Ermordung von Zivilisten durch Selbstmordanschläge und Minen vor. In seiner Rede kündigte al-Husseini an, dass an dem Sondertribunal international renommierte Richter, Staatsanwälte und Ermittler beteiligt werden sollen. „Ein rein inländisches Gerichtsverfahren hätte keine Chance gegen das weit verbreitete und berechtigte Misstrauen, das von jahrzehntelangen Verstößen, Missbrauch und nicht gehaltenen Versprechen angefacht wird“, sagte Al-Husseini. Außerdem bestehen viele staatliche Strukturen, die für die Verbrechen verantwortlich sind, weiterhin. Al-Husseini forderte deren sofortige Auflösung. Die Regierung von Maithripala Sirisena reagierte ablehnend auf den Vorschlag, ein Sondergericht mit internationaler Beteiligung einzusetzen. Dies war nicht zuletzt eine Botschaft an die Innenpolitik. Sri Lankas Regierung stellte der UN eigene Pläne vor, wie sie die Gräueltaten untersuchen wollte und will. Beispielsweise verkündete Außenminister Mangala Samaraweera die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen. Als Vorbild solle hierfür Südafrika dienen. Nach dem Apartheid-Regime hatte das Land eine solche Kommission eingerichtet. Ob die Kommission auch strafrecht-

liche Kompetenzen erhalten wird, ist noch ungewiss. Der ehemalige Präsident Mahinda Rajapaksa hatte entsprechende Untersuchungen ausnahmslos abgelehnt. Jehan Perera, Direktor des Nationalen Friedensrates von Sri Lanka, sieht die Entwicklungen positiv. Seiner Aussage nach ist Sri Lanka unter der neuen Regierung endlich bereit, sich mit der Wahrheit auseinanderzusetzen. Dabei stehe für ihn die Wahrheitsfindung an erster Stelle und erst im Anschluss die Entscheidung, „ob man die Wahrheit vor allem nutzt, um zu bestrafen – oder nur, um zu versöhnen, damit sich die Gräueltaten nicht wiederholen.“ Auch fast sieben Jahre nach Kriegsende herrscht in Sri Lanka noch Misstrauen zwischen der singhalesischen Mehrheit und der tamilischen Minderheit.

Sri Lanka feiert 68 Jahre Unabhängigkeit

Die tamilische Bevölkerung sang zur Feier des 68. Jahrestags der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft erstmals die Nationalhymne Sri Lankas in ihrer eigenen Sprache. Bei der Feier am 4. Februar 2016 in Colombo sangen Schulkinder in der Hauptstadt die Hymne auf Tamilisch und Singhalesisch. Vorweg hatten einige radikale Gruppen sowie der ehemalige Präsident Mahinda Rajapaksa gegen dieses Vorhaben protestiert. Rajapaksa wurde daher ausdrücklich nicht eingeladen. Mit dem Singen der Nationalhymne in beiden Sprachen ging Maithripala Sirisena einen großen symbolischen Schritt auf die tamilische Minderheit zu. Ganz nach dem Motto „Eine Nation, große Macht“ (*Ekama Deyak, Maha Balayak*) rief Sirisena in seiner Rede zur Einigkeit im Land nach dem Bürgerkrieg auf. Des Weiteren bestätigte er sein Versprechen, UN-Ermittlungen zu den Vorwürfen schwerer Kriegsverbrechen während der gewaltsamen Schlussoffensive des Bürgerkriegs 2009 zuzulassen. Der Armee wird vorgeworfen, bei der Offensive über 40.000 tamilische Zivilisten getötet zu haben. Mit der Prüfung der Vorwürfe will Sirisena ein Sondergericht betrauen. Im Oktober 2015 hatte der UN-Menschenrechtsrat in Genf eine entsprechende Resolution verabschiedet. Sirisena sagte bei dieser Gelegenheit: „Indem wir die Resolution umsetzen, sichern wir die Würde der Nation, des Volkes und der Streitkräfte.“ Zudem helfe die Resolution, dass Sri Lanka als respektiertes Mitglied der internationalen Gemeinschaft akzeptiert werde.

Wetterextreme durch Klimaphänomen El Niño

Das Wetterphänomen El Niño hat weitreichende Folgen für Sri Lanka. Seit November 2015 tritt morgens vermehrt Nebel in den nördlichen Regionen des Landes auf. Wetterexperten bringen diese Entwicklung mit dem fortschreitenden Klimawandel in Verbindung. Wie sie zuvor befürchtet haben, kam es zum Jahresende 2015 zu extremen Wetterlagen, die bis in das zweite Quartal 2016 anhalten sollen. Der Generaldirektor der sri-lankischen Behörde für Meteorologie, Lalith Chandrapala, sagte dazu: „Die Wetterextreme werden bleiben, und wir müssen uns ihnen anpassen.“ Nach offiziellen Angaben hat Sri Lanka seit 2010 fünf größere Fluten sowie vier Dürren erlebt. Auch im Jahr 2015 gab es ungewöhnliche Wetterverhältnisse in verschiedenen Regionen des Inselstaates: Während es in den westlichen Ebenen stark und anhaltend regnete, litten der mittlere Norden, der Norden und Osten unter anhaltender Dürre. „Der Agrarsektor leidet unter diesen Umständen sehr“, teilte Chandrapala mit. Darüber hinaus sprach er sich für staatliche Strategien aus, welche die Bevölkerung gegen die in Zukunft häufiger auftretenden Wetterextreme wappnen sollen. So müsse auch die Öffentlichkeit für die Gefahren durch El Niño sensibilisiert werden. Seit August 2015 koordiniert die nationale Katastrophenschutzbehörde *Disaster Management Centre of Sri Lanka* (DMC) in Zusammenarbeit mit den regionalen Behörden Hilfe für Bürger, die von der Dürre betroffen sind. Mehr als 150.000 Menschen werden so mit Trinkwasser versorgt.

Neue Verfassung für Sri Lanka

Anfang Januar hat die sri-lankische Regierung die Erarbeitung einer neuen Verfassung angekündigt. Dem Parlament wurde von Premierminister Ranil Wickremesinghe ein Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser sieht vor, das Parlament zunächst in eine Verfassungsgebende Versammlung umzuwandeln. Die neue Verfassung soll von einem Abgeordneten-Führungsausschuss ausgearbeitet werden. Das Vorhaben ist die bisher weitreichendste Anstrengung von Präsident Sirisena, die bisherige Macht des Präsidentenamts zu verringern und das Land zu dezentralisieren. Es steht auch in starkem Kontrast zur Praxis des ehemaligen Präsidenten Rajapaksa, der seine Befugnisse im Laufe seiner Amtszeit immer mehr erweitert hatte. Sirisena sagte vor dem Parlament: „Ich glaube, dass wir uns jetzt – durch unsere bitteren Erfahrungen in der Vergangenheit – auf künftige Herausforderungen vorbereiten müssen. Wir müssen für Versöhnung und Harmonie sorgen, sodass wir nie wieder gegenei-

inander in den Krieg ziehen.“ Ferner erklärte er, dass das Land eine neue Verfassung bräuchte, die den Bedürfnissen den 21. Jahrhunderts gerecht werde und sicherstelle, dass alle Bevölkerungsgruppen – ethnische Minderheiten eingeschlossen – in Harmonie miteinander lebten. Doch er warnte auch vor Extremisten aus dem Süden und dem Norden Sri Lankas, die versuchen könnten, den Verfassungsgebungsprozess zu behindern. Oppositionspolitiker reagierten auf die Pläne der Regierung mit Kritik. Abgeordnete sagten, Sirisena wolle durch die neue Verfassung nur ausländische Mächte beschwichtigen. Weitere Kritiker meinten, die Regierung wolle den Buddhismus schwächen. Sirisena erkannte potenzielle Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung der Verfassung an, Singhalesen und Tamilen gleichermaßen zufriedenzustellen, denn die Singhalesen widersetzten sich mehrheitlich einem föderalen System, welches der tamilischen Minderheit eine angemessene Beteiligung an der politischen Macht geben würde.

Deutschland bietet Unterstützung an

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat bei seinem Besuch in Sri Lanka im September 2015 Hilfe bei der Aufarbeitung des Bürgerkriegs angeboten. „Wir sind bereit, unsere Erfahrungen zu teilen, wenn das gewünscht wird“, erklärte er der Regierung in Colombo. Sein Angebot begründete er damit, dass Deutschland mit der Bewältigung seiner eigenen Vergangenheit Erfahrungen gesammelt habe. Steinmeier ermahnte in seiner Rede aber auch die verschiedenen politischen Lager Sri Lankas zur Aussöhnung. Eingehend auf den Vorschlag von Außenminister Samaraweera, die Kriegsverbrechen staatsintern aufzuklären, äußerte Steinmeier Verständnis. Jedoch betonte er die Notwendigkeit nach „internationaler Assistenz“.

Sirisena lehnt die Aufarbeitung mit explizit internationaler Beteiligung ab

Anfang Oktober 2015 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat eine Resolution zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen. Die Resolution gilt als ein Kompromiss mit der sri-lankischen Regierung, die ursprünglich jedwede Beteiligung aus dem Ausland abgelehnt hatte. Die Forderungen nach internationaler Beteiligung wurden in der Resolution abgemildert. Im Januar 2016 erklärte Sirisena jedoch in mehreren Interviews, dass er entgegen früherer Absichtserklärungen nun doch keine internationale Beteiligung an der strafrechtlichen Aufarbeitung der Kriegsverbrechen zulassen werde. Seiner Aussage nach verfüge Sri Lanka über genügend einheimische Spezialisten,

welche die Kriegsverbrecherprozesse durchführen könnten. Premierminister Wickremesinghe behauptete zudem, dass alle Kriegsvermissten tot seien und die Regierung keine politischen Gefangenen in Haft halte. In der Berichterstattung über die Entwicklungen zur Aufklärung der Kriegsverbrechen zeigt sich das Ringen um die internationalen Standards einer solchen Aufarbeitung. Nach dem Besuch von UN-Hochkommissar Said Raad al-Hussein im Februar wurde das Fenster für eine internationale Beteiligung wieder etwas aufgestoßen.

Besuch des UN-Hochkommissars in Colombo

Anfang Februar besuchte UN-Hochkommissar Said Raad al-Hussein Colombo, um mit der Regierung Sri Lankas über die Etablierung menschenrechtskonformer Regierungsstrukturen sowie über Fragen zur Vergangenheitsbewältigung zu sprechen. In einer Zusammenfassung nach seinem viertägigen Besuch und den Gesprächen mit Präsident Sirisena und Premierminister Wickremesinghe zeigte sich Al-Hussein mit den Antworten der Regierung insgesamt zufrieden, denn in seinen Augen zeige die Regierung einerseits Willen, große Änderungen vorzunehmen. Diplomatisch höflich ließ er jedoch anklingen, dass er mehr erwartet: „...von den Opfern im Norden und Osten sowie von Analysten in Colombo habe ich vielfach von der Furcht gehört, dass die Regierung an ihren Menschenrechtsverpflichtungen nicht festhält und ‚schwankend‘ wirke.“ Demnach gebe es noch viel zu tun, um den internationalen Menschenrechtsstandards gerecht zu werden. Wie spannungsgeladen solche Analysen und Schlussfolgerungen sind, konnte der Hochkommissar an Ort und Stelle beobachten. Während Al-Husseins Besuch protestierten mehrere Hundert Menschen vor dem Gebäude der UN-Vertretung. Die Protestierenden wandten sich gegen die Errichtung eines Strafgerichts mit internationaler Beteiligung.

Größter blauer Sternsaphir gefunden

Anfang Januar haben Bergleute in der Region Ratnapura im Süden Sri Lankas den bisher größten und schwersten blauen Sternsaphir gefunden. Ratnapura wird auch als „Stadt der Juwelen“ bezeichnet. Die Region ist das wichtigste Zentrum für Edelsteine in Sri Lanka. Der Saphir wiegt 1404 Karat und ist Schätzungen zufolge etwa 90 Millionen Euro wert, wie Experten des Gemmologischen Institutes in Colombo dem anonymen Besitzer bestätigten. Der bisher größte gefundene Saphir wog neun Karat weniger. Der Besitzer gab dem Saphir den Namen „Adams Stern“. Nach

muslimischer Überlieferung soll Adam nach seiner Vertreibung aus dem Garten Eden nach Sri Lanka gelangt sein, wo er sich am Berg *Adam's Peak* niederließ.

Sirisena fordert harte Strafen für Konzertveranstalter

Bei einem Konzert des spanischen Sängers Enrique Iglesias am 20. Dezember 2015 in Colombo kam es zu einem Vorfall, der Präsident Maithripala Sirisena sehr verärgert hat. Weibliche Fans stürmten während des Auftritts die Bühne, umarmten und küssten den Sänger. Andere warfen Unterwäsche auf die Bühne. Sirisena kommentierte die Aktion mit harten Worten und forderte die Auspeitschung der verantwortlichen Veranstalter mit giftigen Stachelrochen-Schwänzen. Seiner Aussage nach handle es sich um „unzivilisiertes Verhalten, das unserer Kultur widerspricht“. Das Auspeitschen Schwerverkrimineller mit Stachelrochen-Schwänzen war eine im Mittelalter übliche Bestrafung. Die Formulierung wird auch heute noch umgangssprachlich für schwere Vergehen benutzt. In der eher konservativen sri-lankischen Gesellschaft ist die öffentliche Zurschaustellung von Zuneigung sogar unter Eheleuten verpönt. Paare werden daher immer wieder wegen Küssens in der Öffentlichkeit festgenommen. Die Veranstalter haben sich inzwischen für die „auf alarmierende Weise gescheiterte Sicherheit“ und wegen der „negativen Erfahrungen“ beim Präsidenten und den Fans entschuldigt.

Ban Ki-moon gratuliert Sirisena

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon gratulierte am 8.1.2016 Präsident Maithripala Sirisena, der Regierung und dem Volk Sri Lankas zum ersten gelungenen Jahr des politischen Übergangs. Der UN-Generalsekretär würdigte die ersten Schritte der demokratisch orientierten Regierungsführung unter Sirisena, welche auf dauerhaften Frieden, Stabilität und Bevölkerungswohlstand im Land ausgerichtet sei. Auserdem würdigte er die Maßnahmen, die zur Förderung einer transparenten Regierungsführung und zur Umsetzung der Resolution des UN-Menschenrechtsrates vom Oktober 2015 eingeleitet worden sind und eine stabilisierende Wirkung auf die Regierung haben. Behutsam forderte er in beiden Bereichen weitere Fortschritte. Ban Ki Moon sei entschlossen, die Regierungsbemühungen um einen landesweiten Dialog in Zukunft weiterhin zu fördern, damit für alle ethnischen Bevölkerungsgruppen Sri Lankas eine langfristige politische Lösung erreicht werden könne. Daher begrüßte er auch die Ankündigung einer neuen Verfassung und rief alle Beteiligten auf, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.